



<b>Urheber</b>	Die Mitte Oberwallis, durch Aron Pfammatter und Urs Juon
<b>Gegenstand</b>	Verfahrensbeschleunigung und Strukturanpassung für Energie-, Hochwasserschutz- und Verkehrsprojekte
<b>Datum</b>	12/09/2024
<b>Nummer</b>	2024.09.289

In Anbetracht:

- \* der zentralen Bedeutung von Wasserkraftanlagen für die Energieversorgung des Kantons und der Schweiz,
- \* der bereits laufenden und noch anstehenden Umsetzung von Heimfällen von Wasserkraftanlagen,
- \* der geplanten Ausbauten von erneuerbaren Energieproduktionsanlagen im Wallis wie Wasserkraft, alpine Photovoltaik oder Windanlagen,
- \* der dringenden Notwendigkeit, Hochwasserschutzmassnahmen an der Rhone und in den Seitentälern aufgrund des Klimawandels effizient umzusetzen,
- \* der Bedeutung eines leistungsfähigen Strassen- und Schienennetzes für die wirtschaftliche Entwicklung und die Sicherheit der Bevölkerung,
- \* der Erkenntnis, dass die aktuelle Dauer von Genehmigungsverfahren die Umsetzung solcher Projekte erheblich verzögert und dadurch Mehrkosten verursacht oder sie gar gänzlich verhindert,
- \* sowie der ebensolchen Erkenntnis, dass der kantonale Finanzhaushalt für die kommenden Jahre dringend Kostensenkungsmassnahmen verlangt,

stellen wir fest:

1. **Verfahrensdauer:** Die Genehmigungsverfahren für Wasserkraftanlagen, alpinen Photovoltaikanlagen oder Windanlagen sowie von Hochwasserschutzmassnahmen und von Verkehrsbauten (Strassen- und Schienenverkehr) dauern oft mehrere Jahre oder gar Jahrzehnte. Diese Verzögerungen gefährden die fristgerechte Umsetzung wichtiger Infrastrukturprojekte und Schutzmassnahmen für die nächsten Generationen, verursachen erhebliche Kosten für die öffentliche Hand und führen zu Planungsunsicherheiten bei den Bauherren, Investoren sowie der Industrie und dem Gewerbe.
2. **Komplexität der Verfahren:** Die beteiligten Dienststellen sind oft mit einer Vielzahl von administrativen Anforderungen konfrontiert, die den Prozess verlangsamen. Die Gesetzesgrundlagen sind teilweise widersprüchlich und verlangen in einem Ermessenspielraum nach klaren Entscheidungen. Diese Entscheidungen basieren auf einer übergeordneten Güterabwägung und sind durch die zuständigen Entscheidungsträger effizient herbeizuführen. Die Anzahl der involvierten Stellen verursacht einen hohen Grad an Koordination. Die Abstimmungsprozesse führen zu zusätzlichen Verzögerungen. Die Koordination erfolgt zudem nicht nur innerhalb des Kantons, sondern auch auf Bundesebene (zum Beispiel mit dem Bundesamt für Umwelt, Bundesamt für Energie, Bundesamt für Raumentwicklung).
3. **Koordination und Transparenz:** Eine klare Zuweisung von Zuständigkeiten sowie eine bessere

Koordination und Kommunikation zwischen den verschiedenen Amts-stellen können die Effizienz und die Verfahrensdauer deutlich verbessern sowie Planungs- und Rechtssicherheit herstellen.

4. **Struktur und Organisation:** Die bestehenden Strukturen und Organisationen bei der kantonalen Verwaltung sowie die Zuordnung in den Departementen sind für diese Verfahren sehr schwerfällig. In Bundesbern sind sämtliche Infrastrukturdossiers wie Energie, Verkehr, Kommunikation und Umwelt bei einem Departement angeordnet. Dies ist in anderen vergleichbaren (Berg-)Kantonen (z.B. Graubünden, Uri, Glarus) - im Gegensatz zum Kanton Wallis - ähnlich effizient organisiert.

Zusammengefasst stellen wir also fest, dass abgesehen von gesetzlichen Verbesserungen namentlich Verbesserungen in der Organisation und Koordination der Departemente und Dienststellen dringend notwendig werden. Zudem muss klar kommuniziert werden, wo die Prioritäten für unseren Kanton zu setzen sind. Nicht selten kommt es etwa vor, dass sich die Dienststelle für Umwelt in Bezug auf ein konkretes Wasserkraftprojekt noch strenger zeigt als die Umweltverbände, die vom Projekt überzeugt werden konnten. Es ist hier namentlich an den Staatsräten, ihr eigentliche Chef-Funktion wahrzunehmen und der heute regierenden Verwaltung klare Handlungsanweisungen zu geben. Das Projekt der dritten Rhonekorrektur wird uns im Übrigen als gutes Anschauungsbeispiel dienen.

In Anbetracht der klimatischen und wirtschaftlichen Herausforderungen ist es von höchster Bedeutung, dass essenzielle Infrastrukturprojekte im Energiebereich, beim Hochwasserschutz und im Verkehrsbereich effizient und zeitnah umgesetzt werden. Dies erfordert nicht nur eine Optimierung der internen Abläufe, sondern auch eine strukturelle Anpassung bei den involvierten Behörden. Die vorgeschlagenen Massnahmen sollen dazu beitragen, dass der Kanton Wallis seine Ziele im Bereich Energieversorgung, Hochwasserschutz und Verkehrsinfrastruktur zügig und kosteneffizient erreichen kann.

So wie wir aktuell aufgestellt sind, können grössere Projekte kaum mehr zufriedenstellend realisiert werden. Im Kanton Graubünden sind beispielsweise gemäss aktuellem Stand drei rechtsgültige Baubewilligungen für Alpine Photovoltaikanlagen auf Basis des Solar-Expresses erteilt worden. Im Wallis keine einzige.

In einem ineffizienten System bleiben auch bei permanenten Verbesserungsprozessen die Resultate schlecht. Es braucht dringend Struktur- und Systemanpassungen.

## **Schlussfolgerung**

Nach dem Gesagten fordern wir den Staatsrat unter Vornahme allfälliger gesetzlicher Anpassungen auf:

1. **Effizienzerhöhung durch Digitalisierung und klare Prozesse:** Die Verfahren zu Konzessions- und Plangenehmigung von Wasserkraftanlagen, zu Bewilligungen von alpinen Photovoltaikanlagen oder Windanlagen, zu Baubewilligungen von Hochwasserschutzmassnahmen und Verkehrsbauten (Strassen und Schienen) sollen durch den verstärkten Einsatz digitaler Tools und automatisierter Abläufe effizienter gestaltet werden. Alle Verfahrensschritte sollen in einem zentralen, digitalen System erfasst werden, um Transparenz und Nachverfolgbarkeit zu erhöhen.

2. Verfahrensbeschleunigung durch Prozessoptimierung: Der Staatsrat wird beauftragt, bestehende Verfahrensabläufe zu überprüfen und zu optimieren. Dies soll insbesondere durch eine Reduktion der Doppelspurigkeiten in der Bearbeitung sowie durch eine zeitliche Straffung der einzelnen Verfahrensschritte erreicht werden. Zudem sollen Fristen für die Bearbeitung von Anträgen verbindlich festgelegt und deren Einhaltung kontrolliert werden.

3. Strukturanpassungen zur besseren Koordination: Um die Koordination zwischen den verschiedenen beteiligten Behörden, Departementen und Dienststellen zu verbessern, sollen interdisziplinäre Projektteams mit klaren Zuständigkeiten und direkten Kommunikationswegen eingerichtet werden. Ziel ist es, die Entscheidungsfindung zu beschleunigen und Schnittstellenprobleme zu minimieren. Es sind diesbezügliche Überlegungen zur Neustrukturierung von Departementen und Dienststellen anzustrengen.

4. Bericht und Evaluation: Der Staatsrat soll dem Grossen Rat jährlich über die getroffenen Massnahmen und deren Wirkung Bericht erstatten. Eine Evaluierung nach zwei Jahren soll Aufschluss darüber geben, ob weitere Anpassungen notwendig sind. Ein Vergleich mit den Strukturen, Prozessen und Organisationen bei anderen Bergkantonen in der Schweiz soll Eingang in diese Berichterstattung finden und inspirierend wirken.